

# Private Krankenversicherung

nach GKV-WSG und VVG-Reform

von  
Dr. Volker Marko

2., überarbeitete Auflage

Private Krankenversicherung – Marko

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](http://beck-shop.de) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Unfall-, Kranken-, Berufsunfähigkeits- und Lebensversicherung



Verlag C.H. Beck München 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:  
[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 59879 1

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis .....	XVII
Literaturverzeichnis .....	XXIII
<b>A. Die wesentlichen Neuregelungen des Rechts der privaten Krankenversicherung im Rahmen der VVG-Reform 2008 .....</b>	<b>1</b>
I. Vorbemerkung .....	1
II. Die wesentlichen Neuregelungen des Rechts der Krankenversicherung im Besonderen Teil des VVG .....	1
1. Modifiziert anzuwendende Vorschriften des Allgemeinen Teils des VVG .....	1
a) Eigene Anspruchsberechtigung der versicherten Person .....	1
b) Anzeigepflichtverletzung .....	2
c) Verzug mit der Zahlung einer Folgeprämie .....	3
2. Einführung eines gesetzlichen Übermaßverbots .....	3
3. Vereinbarung zusätzlicher Dienstleistungen .....	5
4. Gesetzlicher Forderungsübergang bei Rückzahlungs- anspruch gegen Leistungserbringer .....	6
5. Erweiterung des Bereicherungsverbots gegen mehrere Erstattungsverpflichtete .....	7
6. Ausnahmsweise Möglichkeit der Befristung der substitutiven Krankenversicherung .....	7
7. Neuregelungen im Rahmen des Versicherungs- schutzes bei Beihilfeberechtigten .....	8
8. Neuregelungen bei Wohnsitzverlegung innerhalb der EU .....	9
9. Neuregelungen beim Kündigungsrecht des Versicherers .....	9
10. Neuregelungen beim Kündigungsrecht des Versicherungsnehmers .....	10
<b>B. Die Neuregelungen des Versicherungsvertrags- und Aufsichtsrechts im Rahmen des GKV-WSG .....</b>	<b>11</b>
I. Einführung einer allgemeinen Pflicht zur Versicherung .....	11
	IX

## Inhalt

1. Allgemeines	11
2. Zweck der Regelung	11
3. Geltungsbereich	12
a) Erfasster Personenkreis	12
b) In Betracht kommende Versicherungsunternehmen	12
4. Verhältnis zur Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung	13
5. Ausnahmen	14
6. Sonderregelung für alte Verträge	16
7. Umfang der Pflicht zur Versicherung	19
a) Grundsätzliche Anforderungen	19
b) Darstellung der Auswirkungen der Mindestanforderungen des Versicherungsschutzes anhand konkreter Beispiele	21
c) Mindestversicherungsschutz und individuelle Leistungsausschlüsse	23
II. Sanktionen bei Verstoß gegen die Pflicht zur Versicherung	24
1. Allgemeines	24
2. Prämienzuschlag	24
3. Stundungsmöglichkeit und Ratenzahlung	26
III. Kontrahierungszwang der Versicherer im Basistarif	26
1. Allgemeines	26
2. Reichweite des Kontrahierungszwangs	28
a) Sachlicher Anwendungsbereich	28
b) Risikoprüfung und Anzeigepflicht	28
c) Berechtigter Personenkreis	31
d) Ausnahmen vom Kontrahierungszwang	32
e) Unabhängigkeit der Kontrahierungspflicht vom Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung der Vorversicherung	33
3. Inhaltliche Ausgestaltung des Versicherungsschutzes und Prämienhöhe im Rahmen des Basistarifs	33
a) Brancheneinheitlichkeit der Ausgestaltung des Versicherungsschutzes	33
b) Behandlung vorvertraglicher Versicherungsfälle	34
c) Prämienhöhe des Basistarifs	35
d) Risikoausgleich zwischen den Versicherungsunternehmen	36
e) Selbstbehalte im Basistarif	36
f) Varianten des Basistarifs für Beihilfeberechtigte	36

*Inhalt*

4. Vertragliche Mindestbindungsfrist bei Verträgen mit Selbstbehalt	37
a) Allgemeines	37
b) Reichweite der Mindestbindungsfrist	37
c) Verhältnis der Mindestbindungsfrist zum Sonderkündigungsrecht nach § 205 Abs. 4 VVG	38
5. Direktabrechnung der Leistungserbringer und gesamtschuldnerische Haftung von Versicherer und Versicherungsnehmer im Basistarif	39
IV. Einschränkung des Kündigungsrechts des Versicherungsnehmers	40
1. Allgemeines	40
2. Voraussetzungen einer wirksamen Kündigung	40
3. Sonderfall: Kündigung eines Gruppenversicherungsvertrags durch den Versicherungsnehmer	41
4. Verhältnis des § 205 Abs. 6 Satz 2 VVG zu § 8 Abs. 1 Satz 1 VVG	43
a) Problemstellung	43
b) Keine Annahme der Verwirkung	43
c) Keine Annahme der unzulässigen Rechtsausübung	44
d) Auswirkungen des Widerrufs des Vertrags beim neuen Versicherer auf den Versicherungsschutz beim bisherigen Versicherer	44
e) Analoge Anwendbarkeit des § 205 Abs. 6 Satz 2 VVG auf den Widerruf	47
V. Verbot der Kündigung durch den Versicherer	48
1. Allgemeines	48
2. Reichweite des Kündigungsverbots	48
a) Wortlaut der Vorschrift	48
b) Teleologische Reduktion des Kündigungsverbots	49
c) Verhältnis zum gesetzlichen Rücktrittsrecht bei Anzeigepflichtverletzung und Verzug mit der Zahlung der Erstprämie	51
VI. Ruhen der Leistungen bei Zahlungsverzug	51
1. Allgemeines	51
2. Voraussetzungen für das Ruhen der Leistungen	52
3. Rechtsfolgen bei Ruhen des Leistungsanspruchs	53
a) Auswirkungen auf den Leistungsanspruch	53
b) Auswirkungen auf die Pflicht zur Beitragszahlung	57
c) Säumniszuschlag	57
d) Fortsetzung des Vertrags im Basistarif	57
	XI

*Inhalt*

4. Ende des Ruhens der Leistungen .....	59
a) Begleichung aller rückständigen Beitragsanteile ..	59
b) Eintritt von Hilfebedürftigkeit .....	59
c) Sonderproblem: Aufrechnung von Prämien- rückständen mit Leistungsansprüchen nach Eintritt von Hilfebedürftigkeit .....	60
5. Ruhen von Zusatzversicherungen zum Basistarif bei Halbierung des Beitrags im Basistarif .....	60
VII. Neuregelung des Tarifwechselrechts und Mitgabe des Übertragungswerts .....	61
1. Allgemeines .....	61
a) Grundsätzliche Beibehaltung des Tarifwechsel- rechts .....	61
b) Einführung eines Übertragungswerts .....	61
c) Gesetzeszweck .....	62
d) Praktische Auswirkungen der gesetzlichen Neuregelung .....	62
2. Tarifwechsel aus dem Basistarif in normale Krankheitskostentarife .....	65
a) Zulässigkeit des Tarifwechsels aus dem Basistarif in einen Normaltarif .....	65
b) Verhältnis des auf den Basistarif begrenzten Annahmewangs zum Tarifwechselrecht .....	65
c) Auswirkungen der Begrenzung des Kontrahie- rungszwangs auf den Basistarif auf das Recht des Versicherungsnehmers, im Rahmen des Tarif- wechsels zur Vermeidung von Risikozuschlägen Leistungsausschlüsse zu vereinbaren .....	66
d) Zulässigkeit einer ergänzenden Risikoprüfung für Mehrleistungen des Zieltarifs .....	67
e) Tarifwechsel aus dem Basistarif in den ursprüng- lichen Tarif nach vorheriger Überführung wegen Nichtzahlung der Beiträge .....	68
3. Tarifwechsel in den Basistarif .....	68
a) Allgemeines .....	68
b) Wechselmöglichkeit für PKV-Neukunden .....	69
c) Wechselmöglichkeit für PKV-Altkunden .....	69
4. Umgang mit Risikozuschlägen und Leistungsaus- schlüssen beim Tarifwechsel und bei der Zwangs- umstellung in den Basistarif .....	70
a) Problemstellung .....	70
b) Sonderfall: Zwangsumstellung in den Basistarif .....	71

*Inhalt*

c) Lösungsvorschlag .....	71
5. Mitgabe eines Teils der kalkulierten Alterungsrückstellungen beim Wechsel des Versicherers .....	73
a) Allgemeines .....	73
b) Voraussetzungen des Anspruchs auf Mitgabe des Übertragungswerts .....	74
c) Mitgabe des Übertragungswerts bei PKV-Neukunden .....	75
d) Mitgabe des Übertragungswerts bei PKV-Altkunden .....	76
e) Reichweite des Anspruchs auf Mitgabe des Übertragungswerts .....	76
f) Folgen für die Tariflandschaft des Versicherers ..	78
g) Besonderheiten bei der Anwartschaftsversicherung .....	80
h) Besonderheiten im Rahmen der Geltendmachung des Beihilfeergänzungsanspruchs .....	82
i) Besonderheiten im Rahmen der Wiederinkraftsetzung von Verträgen .....	82
j) Zulässigkeit der Aufrechnung durch den Versicherer wegen Beitragsrückständen des Versicherungsnehmers .....	83
k) Zulässigkeit der Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechts durch den Versicherer wegen Beitragsrückständen des Versicherungsnehmers ..	85
l) Verbleib der vor dem 1. Januar von PKV-Altkunden aufgebauten Alterungsrückstellungen bei sonstiger Beendigung des Vertrags .....	86
6. Anspruch auf Vereinbarung eines Zusatztarifs beim Wechsel in den Basistarif .....	88
a) Allgemeines .....	88
b) Rechtsnatur und Reichweite des Anspruchs .....	89
c) Zeitlicher Rahmen zur Geltendmachung des Anspruchs .....	90
7. Recht auf Fortführung eines gekündigten Vertrags in Form einer Anwartschaftsversicherung .....	90
a) Allgemeines .....	90
b) Reichweite des Anspruchs .....	91
8. Ausgestaltung des Tarifwechselrechts von Versicherungsnehmern zwischen „neuer Welt“ und „alter Welt“ .....	92
a) Allgemeines .....	92

*Inhalt*

b) Wechsel von Versicherungsnehmern aus Tarifen der „alten Welt“ in Tarife der „neuen Welt“ . . . . .	93
c) Wechsel von PKV-Neukunden aus Tarifen der „neuen Welt“ in Tarife der „alten Welt“ . . . . .	93
d) Zulässigkeit des Rückwechsels von in die „neue Welt“ gewechselten PKV-Altkunden in die „alte Welt“ . . . . .	94
e) Zulässigkeit des Mischens von Tarifen der „neuen“ und der „alten Welt“ bei Bausteintarifen . . . . .	95
9. Anrechnung von Wartezeiten im Rahmen des Wechsels des Versicherers . . . . .	96
a) Allgemeines . . . . .	96
b) Reichweite . . . . .	96
VIII. Informations- und Beratungspflichten des Versicherers im Zusammenhang mit dem Wechselhalbjahr 2009 . . . . .	97
1. Problembeschreibung . . . . .	97
2. Anzuwendendes Recht . . . . .	98
3. Informationspflichten des Versicherers nach dem VVG . . . . .	98
a) Informationspflicht hinsichtlich der Möglichkeit des Wechsels in den Basistarif des bisherigen Versicherers . . . . .	98
b) Informationspflicht hinsichtlich der Möglichkeit der Mitnahme des Übertragungswerts beim Wechsel in den Basistarif eines anderen Versicherers . . . . .	99
4. Nachfrage- und Beratungspflichten des Versicherers nach dem VVG . . . . .	101
a) Allgemeines . . . . .	101
b) Nachfrage- und Beratungspflicht hinsichtlich der Möglichkeit des Wechsels in den Basistarif des bisherigen Versicherers . . . . .	102
c) Nachfrage- und Beratungspflicht hinsichtlich der Möglichkeit der Mitnahme des Übertragungswerts beim Wechsel in den Basistarif eines anderen Versicherers . . . . .	103
5. Informations- und Beratungspflichten nach dem alten VVG . . . . .	105
IX. Verfassungsrechtliche Aspekte der versicherungsvertrags- und aufsichtsrechtlichen Neuregelungen des VVG und VAG . . . . .	106

Inhalt

<b>C. Die wesentlichen PKV-relevanten Änderungen des Sozialrechts im Rahmen des GKV-WSG und deren Auswirkungen auf den Wettbewerb zwischen der privaten und der gesetzlichen Krankenversicherung</b> . . . .	109
I. Die Aufnahmepflicht Nichtversicherter im modifizierten Standardtarif . . . . .	109
1. Allgemeines . . . . .	109
2. Zugangsberechtigter Personenkreis . . . . .	110
3. Die inhaltliche Ausgestaltung des modifizierten Standardtarifs . . . . .	111
a) Vertragsschluss . . . . .	111
b) Regelungen zur Beitragszahlung . . . . .	111
c) Leistungsanspruch . . . . .	111
II. Die Schließung des Standardtarifs im Zuge der Einführung des Basistarifs . . . . .	113
III. Die Zulassung des Angebots von Wahlтарifen im Bereich der gesetzlichen Krankenkassen . . . . .	114
1. Allgemeines . . . . .	114
2. Die Wahlтарife im Einzelnen . . . . .	114
a) Wahlтарife mit Selbstbehalt . . . . .	114
b) Wahlтарife mit Prämien für den Fall der Nichtanspruchnahme der Krankenkasse . . . . .	115
c) Wahlтарife für besondere Versorgungsformen . . . . .	115
d) Wahlтарife für Kostenerstattung . . . . .	116
e) Wahlтарife zur Erstattung der Kosten für Arzneimittel der besonderen Therapieeinrichtungen . . . . .	116
f) Wahlтарife, die den gesetzlichen Leistungsumfang für bestimmte Mitgliedergruppen begrenzen . . . . .	116
g) Wahlтарif Krankengeld . . . . .	117
3. Mindestbindungsfrist bei Abschluss von Wahlтарifen . . . . .	119
a) Allgemeines . . . . .	119
b) Reichweite der Mindestbindungsfrist . . . . .	119
c) Besonderheiten durch das Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften . . . . .	121
4. Kalkulation der Wahlтарife . . . . .	122
IV. Die Verlängerung der Mindestverweildauer in der gesetzlichen Krankenkasse für freiwillig Versicherte . . . . .	123
1. Allgemeines . . . . .	123
2. Übergangsregelung . . . . .	123
V. Die Auswirkungen der Einführung von Wahlтарifen nach § 53 SGB V auf den Wettbewerb zwischen der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung . . . . .	125
1. Allgemeines . . . . .	125
	XV



## Inhalt

2. Reichweite der Befugnis der gesetzlichen Krankenkassen nach § 53 SGB V zur Einführung von Wahlтарifen .....	125
3. Wettbewerbsvorteile der gesetzlichen Krankenkassen gegenüber den PKV-Unternehmen beim Angebot von Wahlтарifen .....	127
a) Die Rahmenbedingungen der gesetzlichen Krankenkassen im Wettbewerb .....	127
b) Die Rahmenbedingungen von PKV-Unternehmen im Wettbewerb .....	128
VI. Verfassungs- und europarechtliche Aspekte der Möglichkeit der Einführung von Wahlтарifen .....	128
VII. Schlussfolgerung .....	129
<b>Anhang</b> .....	131
I. Musterbedingungen 2009 für die Krankheitskosten- und Krankenhaustagegeldversicherung (MB/KK 2009) §§ 1–20 .....	131
II. Musterbedingungen 2009 für die Krankentagegeldversicherung (MB/KT 2009) §§ 1–18 .....	147
III. Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB) für den Standardtarif im Sinne des § 257 Abs. 2a SGB V sowie des § 315 SGB V .....	161
IV. Allgemeine Versicherungsbedingungen 2009 für den Basistarif (MB/BT 2009) §§ 1–18, Tarif BT .....	219
Sachregister .....	261